



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale wollen ein finanziell unabhängiges Milizparlament
Für Rückfragen	Tiana Moser, Fraktionspräsidentin, Tel. +41 76 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	5. März 2012

Grünliberale wollen ein finanziell unabhängiges Milizparlament

Parlamentarier/-innen sollen frei von Bindungen politisieren können. Eine korrekte Entlohnung unterstützt diese Freiheit. Die Vorlage zur verbesserten Vorsorge der Ratsmitglieder unterstützen die Grünliberalen geschlossen.

Es ist unsympathisch und störend, wenn sich Parlamentarier/-innen das eigene Einkommen erhöhen. Umso mehr, weil die Räte erst vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen haben. Die Grünliberalen werden sich dafür einsetzen, dass zukünftig der alte Rat am Ende der Legislatur über das Einkommen des neuen Rates befindet.

Zahlreiche Gründe sprechen hingegen für eine Anpassung der Einkommen der Ratsmitglieder. Wesentlich ist dabei zunächst, dass es sich nicht um eine reale Lohnerhöhung und nicht um einen Automatismus handelt. Die Entschädigung wird einmalig an die seit einigen Jahren nicht mehr ausgeglichene Teuerung angepasst.

Der Umfang und die Komplexität der Ratsarbeit nimmt stetig zu. Genauso die Probleme mit denen sich die Räte konfrontiert sehen. Eine seriöse und unabhängige Ratsarbeit erfordert entsprechend viel Arbeitsaufwand. Eine parallele berufliche Tätigkeit, die Einkommen und Vorsorge sichert, wird dadurch zwar nicht komplett verunmöglicht, aber deutlich erschwert. Bei allen Vorteilen des Milizsystems ist das eine Tatsache.

Für viele stellt das Ratseinkommen einen Teil des Familieneinkommens dar. Gleichzeitig müssen dabei verschiedene Ratsmitglieder zwischenzeitlich Stellvertreterlösungen für die Familienarbeit oder ihre berufliche Tätigkeit resp. eine Infrastruktur wie eine Arztpraxis finanzieren. Dies ist unumgänglich, da ein Ratsmitglied immer auch mit einem Rücktritt oder einer Abwahl rechnen muss, und danach beruflich tätig sein will resp. muss. .

Mit dem Einkommen finanzieren die Ratsmitglieder oft auch seine Partei wie auch die Wahlkämpfe. Diese Beträge sind beträchtlich.

Kurzum: Die Arbeit im eidgenössischen Parlament ist anspruchsvoll, bringt Vor- und Nachteile, insbesondere was die berufliche Zukunft und die beruflichen Risiken anbelangt.

Es ist nicht erstaunlich, dass sich insbesondere jene Parteien vehement gegen die Anpassung aussprechen, die sich mit grossen Parteispenden und lukrative Mandaten finanzieren.

Sinn und Zweck einer Volksvertretung kann es nicht sein, dass schlussendlich nur noch jene im Parlament vertreten sind, die sich via Interessensvertretung privat finanzieren oder es sich aufgrund der Vermögenslage leisten können.

Die Frage nach den finanziellen und beruflichen Risiken und Abhängigkeiten stellt sich bereits heute. Eine Verschärfung dieser Tendenz lehnen wir ab. Die Schweiz leistet sich Milizparlament. Gerade deshalb braucht es aber eine korrekte Entschädigung der Ratsmitglieder. Diese Probleme zeigen sind bei der Vorsorge noch akzentuiert. Die Grünliberalen haben deshalb diese Vorlage geschlossen unterstützt. Die Grünliberalen bedauern, dass eine knappe Mehrheit des Nationalrates sich gegen das Eintreten ausgesprochen hat und somit einer Lohneinbusse trotz zunehmendem Aufwand befürworten.